



Offenburger Tageblatt   
 Badische Zeitung

Guller   
 InsideB

Spiegel   
 Acher-Bühler Bote

Datum: 22. Oktober 2010

## „Zeitarbeit nicht pauschal verteufeln“

Arbeitsministerin Monika Stolz sprach bei Arbeitsmarktkonferenz von IG Metall und CDA

OFFENBURG (hrb). Weitgehend Harmonie herrschte gestern bei der von der IG Metall und der CDA, der christlich-demokratischen Arbeitnehmerverbände, im Hotel Mercure organisierten Arbeitsmarktkonferenz. Mit Blick auf die Wirtschaftswelt in zehn und noch mehr Jahren pochten alle Redner auf Bildung, Bildung und nochmals Bildung; durch die Bank ein Appell an alle Unternehmen, jetzt in die Ausbildung junger Menschen und die Weiterbildung des Stammpersonals zu investieren, um die durch die demografische Entwicklung sich auftuende Lücke bei der Beschäftigtenzahl zu schließen oder gar nicht erst so dramatisch werden zu lassen wie vermehrt prognostiziert. Das betonte auch Ahmet Karademir, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Offenburg.

Laut Arbeitsministerin Monika Stolz werden allein im Ländle bis 2015 bereits 280 000 Erwerbsfähige fehlen, davon 100 000 mit Hochschulabschluss. Laut dem Sozialexperten und Lehrer CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Weiß fehlen 2025 in Deutschland gegenüber heute 16,8 Prozent aus der Gruppe der 15-

schätz gefunden. Im Hinblick auf die Zeitarbeit sagte Stolz, dass man sie „nicht pauschal verteufeln“ dürfe. Gerade für Langzeitarbeitslose biete sie eine Chance des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt. Dass die Unternehmen sie als Flexibilisierungsinstrument nutzen, sei legitim. Allerdings müssten solche Arbeitsplätze vollständig bezahlt werden.

Es könne auch nicht angehen, dass „reguläre Arbeitsplätze der Stammbeschäftigung dauerhaft durch Zeitarbeitsplätze belegt werden“. In dieselbe Kerbe, wenn auch mit noch mehr Nachdruck, hieb Peter Weiß: Ziel von Arbeitsmarktpolitik müsse sein, möglichst vielen Beschäftigten eine reguläre Arbeit mit einer angemessenen Bezahlung zu ermöglichen.

Kritik übte Weiß an jenen Unternehmen, die tariflich vereinbarte Löhne in größerem Stil umgehen, indem sie Mitarbeiter entlassen, um sie als schlechter bezahlte Leiharbeiter wieder einzustellen: „Das darf nicht sein!“ Zahlreiche Gespräche mit Betriebsräten und konkrete Aussagen von Arbeitgeberfunktionären nahmen leider den Verdacht, „dass wir es mit



Weitgehend Übereinstimmung: Ministerin Monika Stolz (von links), MdB Peter Weiß und IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann FOTO: HUBERT RÖDERER

einer neuen Unternehmensstrategie zu tun haben“. Angesichts der immer mehr zurückweichenden Krise – im Ausland spreche man sogar von einem Job-Wunder –, forderte er, dass der Zuwachs an Arbeit in der Zukunft „nicht durch Leiharbeit abgedeckt wird“.

Weiß' Strategievorschlag, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken – und zwar in dieser Reihenfolge: Qualifizierung von Ungelernten, alle erdenklichen Chancen für junge Azubis, auch für „Spätzünfter“, bessere Angebote, gerade hinsichtlich der Kinderbetreuung,

für alleinerziehende Frauen. Erst dann, so Weiß, sollte man sich um ausländische Fachkräfte bemühen: „Sonst bleiben unsere Arbeitslosen weiter ohne Arbeit.“ IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann pflichtete Weiß bei, dass Deutschland Produktionsstandort bleiben müsse, in den Betrieben dürfe aber keine Zweiklassengesellschaft entstehen: „Für die gleiche Arbeit muss es das gleiche Geld geben.“ Alles andere sei unsittlich. Hofmanns Schlusswort hätte auch von den anderen stammen können: „Baden-Württemberg hat gute Chancen.“